

Müller mit dem «Personal» zufrieden

Der Aargauer Nationalrat Philipp Müller will als FDP-Parteipräsident weiterhin mit Fraktionschefin Gabi Huber und Generalsekretär Stefan Brupbacher zusammenarbeiten.

Von Stefan Schmid, Bundeshaus und Othmar von Matt

Bern. – Philipp Müller ist der einzige Kandidat für die Nachfolge von Fulvio Pelli als Präsident der FDP Schweiz. Seine Wahl am 21. April ist damit nur noch Formsache. Bereits lassen Äusserungen Müllers vermuten, mit welchen Führungspersonen der künftige Präsident zusammenarbeiten will. So setzt der Aargauer weiterhin auf Gabi Huber als Fraktionschefin im Bundeshaus: «Huber hat Kultstatus. Sie ist ein Vorbild in Sachen Integrität, Standfestigkeit und Disziplin», sagt Müller. Auch über Generalsekretär Stefan Brupbacher ist Müller voll des Lobes: «Das Generalsekretariat macht sehr gute Arbeit. Es ist einer der Gründe, weshalb ich mich überhaupt als FDP-Präsident bewerben habe.»

Bis Ablauf der Anmeldefrist am 31. März will sich Müller indes noch nicht zu den möglichen Vizepräsidenten äussern. Der Grund: Es habe bisher sehr viele Kandidaturen und in Aussicht gestellte Kandidaturen gegeben. Eine Negativ-Selektion dränge sich zu diesem Zeitpunkt nicht auf.

Präsidenten und Frauen begeistert

Am Freitagabend präsentierte sich Müller den Kantonalpräsidenten der FDP. Gemäss Aussagen mehrerer Parteichefs soll Müller dabei eine «gute Falle» gemacht haben. Er habe es dreimal geschafft, die Präsidentenrunde zum Lachen zu bringen.

Erfolgreich sei auch sein Auftritt an der Delegiertenversammlung der FDP-Frauen am Samstag in Frauenfeld (Thurgau) gewesen. Er soll gemäss der «Tagesschau» von SF die Herzen der FDP-Frauen «im Sturm erobert haben».

Swiss plant Erhöhung der Ticketpreise

Zürich. – Die Fluggesellschaft Swiss erwägt eine Anhebung ihrer Preise für den Europaverkehr um 15 bis 20 Franken pro Ticket. Die Einnahmen durch die jüngste Erhöhung des Treibstoffzuschlags reichten nicht aus, um die zusätzlichen Flugbenzinkosten von geschätzten 300 Mio. Franken in diesem Jahr zu decken. Dies erklärte Swiss-Chef Harry Hohmeister in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag». (sda)

Ensi will die Öffentlichkeit nur «verständlich» informieren

AKW-Kritiker behaupten, das Ensi halte sicherheitsrelevante Dokumente von der Öffentlichkeit fern. Das Departement von Doris Leuthard unterstützt die Informationspolitik der AKW-Aufsicht jedoch.

Von Sermín Faki

Bern. – Bis zur Reaktor Katastrophe in Fukushima vor einem Jahr veröffentlichte das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) auf seiner Website sogenannte Geschäfts- und Projektlisten. Auf diesen waren alle Mängel und Unzulänglichkeiten sowie deren Verbesserungen in den Schweizer Atomkraftwerken (AKW) aufgelistet. Auch der Stand der Arbeiten war den Listen zu entnehmen. Nach dem Unglück in Japan nahm das Ensi diese jedoch vom Netz. Die letzte öffentlich einsehbare Liste datiert nach Kenntnis der «Südostschweiz» vom 17. März letzten Jahres.

Die Berner SP-Nationalrätin Margret Kiener-Nellen stört sich an dieser

neuen Informationspolitik des Ensi. «Es widerspricht der versprochenen Offenheit und Transparenz, diese Listen unter Verschluss zu halten.» In der vergangenen Frühjahrssession wollte sie daher vom Bundesrat wissen, ob er nicht auch der Meinung sei, dass das Ensi die Geschäfts- und Projektliste ab sofort wieder veröffentlichen sollte.

Zu verwirrend?

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) war nicht dieser Meinung. Das Ensi sei zum Schluss gekommen, «dass die in diesen Listen enthaltenen Bezeichnungen zu technisch formuliert waren und bei den Lesern oft Unverständnis oder Verwirrung hervorriefen», schrieb das Departement von Bundesrätin Doris Leuthard in seiner Antwort. Das Ensi habe daher entschieden, auf die Erstellung und Publikation dieser Listen zu verzichten. «Stattdessen sollen den Besucherinnen und Besuchern der neugestalteten Website des Ensi aussagekräftigere und besser lesbare

Dokumente zur Verfügung gestellt werden.»

Kiener-Nellen findet die Antwort des Bundesrats «skandalös»: «Die Öffentlichkeit kann selbst entscheiden, was sie verwirrend findet», sagt sie. Unterstützung erhält die Bernerin von Jürg Joss, Präsident des Komitees Mühleberg Verfahren. Das Komitee hatte die Anwohner des umstrittenen AKWs vor den Toren Berns im Rechtsstreit um die unbefristete Betriebsbewilligung unterstützt. Deren Beschwerde war vor zwei Wochen vom Bundesverwaltungsgericht gutgeheissen worden.

Anwohner schätzen die Listen

Joss betont, dass die Listen sehr informativ gewesen seien. Beispielsweise finde sich auf der Geschäftsliste vom 17. März 2011 das Projekt «Mauerwerksertüchtigung Kabelräume». Gemäss Joss handelt es sich dabei um eine Reparatur, welche nach einer Überflutung des Mühleberg-Kabelraums im Jahr 2007 nötig geworden war. «Wie man der Liste entnehmen kann», so Joss, «war das Projekt im

März 2011 noch in Bearbeitung.» Solche Informationen seien wichtig für die Mühleberg-Anwohner. Damit könnten sie Druck machen und Nachbesserungen einfordern. Für Joss ist der Fall klar: «Das Ensi will nur noch kommunizieren, was ihm passt, und unterschlägt alles andere.»

Uvek äussert sich nicht mehr

Das Ensi wehrt sich gegen diese Darstellung: «Im Sinne der besseren Verständlichkeit und Transparenz veröffentlichen wir eine grosse Fülle von Informationen auf www.ensi.ch», teilt Sprecher Anton Treier mit. Darin würden aktuelle Themen aus dem nuklearen Aufsichtsbereich aufgegriffen und so verfasst, «dass sie möglichst lesergerecht und verständlich daher kommen».

Die Anfrage der «Südostschweiz», ob man der Öffentlichkeit nicht zutraue, Projekte wie «Überprüfung der Alarmwerte der Aerosolüberwachung», «Sauberheit und Ordnung in der Anlage» oder «Liste der seismischen Ertüchtigungen» zu verstehen, will das Uvek nicht beantworten.

Schweiz sucht Paketlösung mit Deutschland

Weder der Steuerstreit noch der Fluglärmstreit mit Deutschland sind beigelegt. Jetzt fordert Bern die deutsche Regierung zu Kreuzverhandlungen auf.

Von Stefan Schmid, Bundeshaus

Bern. – Zwischen der Schweiz und Deutschland gibt es zwei zentrale Streitpunkte. Das Steuerdossier und die Fluglärmdebatte. Bei den Steuern sind die Deutschen die Antragsteller. Auf Druck der sozialdemokratischen Opposition soll das bereits ausgehandelte neue Abkommen nachverhandelt werden. Die Hauptforderung der Deutschen sind höhere Steuersätze. Die SPD pocht zudem darauf, noch einmal über die Anonymität der deutschen Steuerflüchtlinge zu reden. Auf Schweizer Seite zeigt man sich offen für weitere Gespräche. «Im laufenden Ratifizierungsprozess wird ständig diskutiert», sagt Daniel Saameli, Sprecher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) in Bern. Am Kerngehalt des Abkommens soll

sich aber nichts ändern. Auch der Fluglärmstreit harrt einer Lösung. Hier ist hingegen die Schweiz Antragstellerin. Sie will das restriktive Anflugregime über Süddeutschland lockern, das Deutschland einseitig verhängt hat. Im Januar haben Verkehrsministerin Doris Leuthard und ihr deutscher Kollege Peter Ramsauer am World Economic Forum in Davos eine Absichtserklärung unterschrieben. Bis im Sommer soll ein neuer Staatsvertrag unterzeichnet sein.

Verknüpfung liegt auf der Hand

Auch beim Steuerdossier drängt die Zeit. Soll das Abkommen wie geplant per 1. Januar 2013 in Kraft treten, muss rasch eine Lösung gefunden werden. Dieser zeitliche Druck und die unterschiedliche Interessenslage bei beiden Dossiers legen eine Verknüpfung geradezu nahe. Das im Steuerdossier federführende EFD will aus Rücksicht auf die laufenden Verhandlungen nicht Stellung nehmen. Und auch das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) von Doris Leuthard, zuständig für das Luftverkehrsdossier,

verweist auf Anfrage auf ein längst bekanntes Communiqué vom Februar. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) wiederum, dem eigentlich die Koordination aller ausserpolitischen Interessen obliegt, verweist auf die beiden zuständigen Departemente. Recherchen der «Südostschweiz» zeigen aber, dass an einer Verknüpfung gearbeitet wird. Die Schweiz versucht, mit Deutschland eine Gesamtlösung zu finden, heisst es laut zwei gut informierten Quellen. «Die Schweiz muss generell viel häufiger als bisher Dossiers miteinander verknüpfen, statt Einzellösungen zu suchen», erklärt ein mit den Details Vertrauter.

Politiker unterstützen Paketlösung

Die Verknüpfung von Dossiers ist laut Schweizer Aussenpolitikern tatsächlich keine Selbstverständlichkeit. Bisher habe der Bundesrat entsprechende Forderungen der Parlamentarier immer wieder zurückgewiesen und gerade im Fall von Deutschland eine Paketlösung als nicht machbar bezeichnet. «Das Gärtli denken der Bundesräte verhinderte bisher ein koordi-

niertes Vorgehen», sagt etwa SVP-Nationalrat Christoph Mörgele. Es sei höchste Zeit, dass die Schweiz Kreuzverhandlungen führe. Der Zürcher Aussenpolitiker lehnt zwar die von der SPD geforderten Konzessionen beim Steuerabkommen ab, «doch sollte Deutschland der Schweiz beim Fluglärmstreit entgegenkommen, müssten wir die Lage neu beurteilen.» Auch FDP-Aussenpolitiker Walter Müller (St. Gallen) gibt dem Bundesrat Rückendeckung. Jetzt sei ein koordiniertes Vorgehen gefragt.

Hannes Germann, Präsident der ausserpolitischen Kommission des Ständerats, begrüsst die neue Verhandlungstaktik: «Die Deutschen wollen beim Steuerdossier möglichst bald Resultate sehen. Und wir wollen eine Einigung beim Fluglärm.» Germann will auch Bahninfrastrukturprojekte in Deutschland in die Waagschale werfen. «Die Strecken Schaffhausen–Basel oder Zürich–Singen–Stuttgart könnten mit Schweizer Geldern ausgebaut werden, falls uns Deutschland in anderen Bereichen Zugeständnisse macht», sagt Germann.



Von der schnellen Truppe

Wenn die Feuerwehr nicht schnell zu Fuss ist, wer sonst? Am Obwaldner Volkscross zeigten sich gestern die Sarnen in Bestform, als es darum ging, in Vollmontur so schnell wie möglich ins Ziel zu kommen. Da liess man sich von niemandem stoppen.

Bilder Urs Flüeler/Keystone